


**Öffentlichkeitsbeteiligung/
Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet**

94. Sitzung Landesbeirat Immissionsschutz NRW, 6. Dezember 2016;
Gast-Impulsvortrag Dr. Carla Ralfs, VCI-NRW

VERBAND DER
CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



Inhalt


A. Vorstellung VCI-NRW e.V.

B. Öffentlichkeitsbeteiligung:

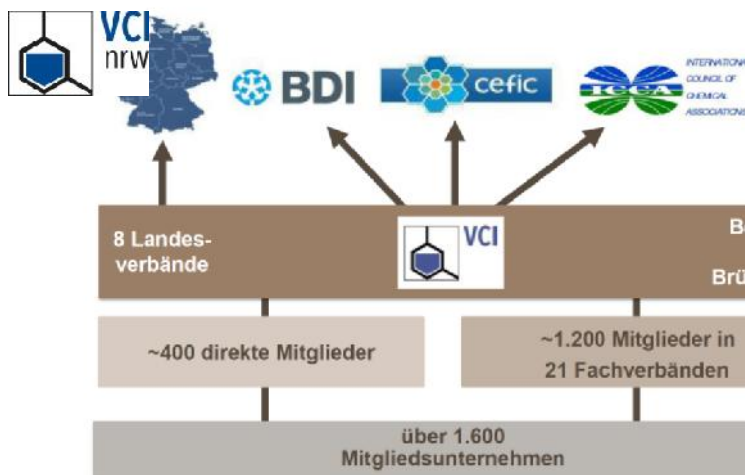
1. nach BImSchG
2. frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung VwVfG-Bund bzw. -NRW
3. Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet VwVfG-NRW §27 a

C. Fazit

2



Wer ist der VCI/VCI-NRW



3



VCI/VCI-NRW Chemie in NRW

- Struktur der Mitgliedfirmen: 81% KMU (hidden Champions), 19% Großunternehmen, davon 5% mit >1.000 Mitarbeitern
- NRW ist Chemieregion
 - Nr. 1 im Bund
 - Nr. 5 in der EU
 - Nr. 13 weltweit
- Zahlen: 91.200 Beschäftigte, ca. 47 Mrd. Euro Umsatz (Stand 2013); ca. 27% des Chemieumsatzes in D; ca. 28% aller Beschäftigten der chemischen Industrie Deutschlands arbeiten in NRW
- Vernetzung F&E: 72 Hochschulen, 13 Fraunhofer-Institute, 12 Max-Planck-Institute, 10 Institute der Leibniz-Gemeinschaft, 3 Helmholtz-Zentren, 5 Johannes-Rau-Forschungsinstitute, 41 Technologie- und Gründerzentren, 30 Technologietransferstellen

4



Öffentlichkeitsbeteiligung: 1. nach BImSchG

Festgelegter Begriff mit entsprechenden Verfahrensvorschriften nach BImSchG:

- Verfahren nach §10 mit Öffentlichkeitsbeteiligung (vgl. „G“ in Spalte c Anhang 1 der 4. BImSchV)
- feste Fristen zur Auslegung, Einwendung



Öffentlichkeitsbeteiligung 2. frühzeitige Öffentlichkeits“beteiligung“ VwVfG:

- Ursprünglicher Bezug: VwVfG-Bund (2013): §25 Abs. 3 eingeführt für Planfeststellungsverfahren (raumbedeutsam, flächenintensive Vorhaben, Linienbauwerke, Wirkung auf breite Öffentlichkeit, „Stuttgart 21“)
- „...Behörde wirkt darauf hin, dass der Träger ..., die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig ... unterrichtet → keine Beteiligung im Sinne BImSchG

Aber: §74 LandesBauO NRW: „Auf das Baugenehmigungsverfahren findet § 25 Absatz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen keine Anwendung“



Öffentlichkeitsbeteiligung

2. Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung nach VwVfG NRW (2015)

- Für NRW Erlass vom 19. März 2015:
 - „ist auch im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren“ anzuwenden
 - Hinwirkungspflicht der Behörde
 - Keine Beteiligung im Sinne des BImSchG, sondern Öffentlichkeitsinformation

Frage: Warum?

- Unternehmen vor Ort pflegen eine gute Kommunikationspraxis vor Ort
- Beteiligung erfolgt in den Fällen, wo sie vorgeschrieben ist, schon sehr frühzeitig (im eigenen Sinne der Betreiber)

7



Öffentlichkeitsbeteiligung

3. Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet Hintergrund: IED und BImSchG

- BImSchG Genehmigungsverfahren nach §10
- Anh. 1 der 4. BImSchV: Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen mit : Spalte c „G“
- IE-Anlagen: Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung: Spalte d „E“
- IED Art 24: Bescheide auch im Internet veröffentlichen
 - Umsetzung in Deutschland (BImSchG):
 - §10 Abs. 3 Satz 1: Vorhaben werden in öffentlichen Tageszeitungen ODER im Internet bekannt gemacht; Unterlagen liegen zur Einsicht aus
 - §10 Abs 8a: für IE-Anlagen sind die Bescheide im Internet zu veröffentlichen

8



Öffentlichkeitsbeteiligung 3. Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet Ist-Situation in NRW

VwVfG-NRW über die abschließenden Verfahrensvorgaben von BlmSchG gestellt:

§27 a Veröffentlichung von Antragsunterlagen

- für alle BlmSch-Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung („G“) (nicht nur IE-Anlagen („E“))
- Kein Behörden-Ermessen („oder“ im Wortlaut BlmSchG) sondern verpflichtend
- Widerspricht den EU-Vorgaben der RL 2016/943: Art. 2 Begriffsbestimmungen bzw. Kap. III Erwerb, Nutzung, Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen (Erlass: „Ansicht der Behörde“)

RL 2016/943 vom 8. Juni 2016 („über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung“)



9



Öffentlichkeitsbeteiligung 3. Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet Probleme, die sich aus dieser Praxis ergeben:

- Bisher jahrelang praktizierte und bewährte Praxis des vor-Ort-Auslegens der Unterlagen sorgt dafür, dass die Einsichtnehmer der Unterlagen vor Ort „Gesicht zeigen“ und sich ausweisen mussten (nicht anonymisiert)
- IT-Sicherheit: „Internet vergisst nicht“, d.h. uneingeschränkte „Auslegung“ versus 4 Wochen Auslegen vor Ort; Verschlüsselung der Dokumente nicht gewährleistet (IT-Kenntnisse der Behörden-Mitarbeiter)
- Sicherheitsaspekt/Terrorismus-, Sabotage-Gefahr: Details im Internet? Geo-Daten?
- Know-How-Abfluß: vgl. Erwägungsgründe RL 2016/943:

FRAGE: sind diese Aspekte geklärt?



10



Öffentlichkeitsbeteiligung

3. Veröffentlichung von Antragsunterlagen im Internet...

...durch Behörde bedeutet ggf. Verstoß gegen...

→ Urheberrecht Dritter

- geistiges Eigentum Dritter: vor Ort-Veröffentlichung zeitlich befristet („Exemplar zur Einsicht“) versus Veröffentlichen im Internet (Stichwort download, screenshot, „copy/paste“) – trotz technischer Einschränkungsmöglichkeiten

→ Veröffentlichung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (RL EU 2016/943)

- Know-How-Abfluß: lt. Erlass entscheidet Behörde über Vorliegen eines Geschäfts- und Betriebsgeheimnisses („nach ihrer Auffassung“)

→ Kartellrecht

- Produktflüsse mit Mengenangaben, ggf. Markenbezeichnungen; Geschäftsbeziehungen

FRAGE: sind diese Aspekte geklärt?

11



FAZIT:

Wettbewerbsnachteil für die Standorte in NRW

- Standort-Frage/-Entscheidung für Investoren: Innovation noch möglich?
- Behörden-Entscheidung vor Ort definiert GuBl: Patente, Entwicklung mit Dritten (Hochschulen, Forschung etc.) erschwert;
- Sicherheitsaspekt: Details zur Anlagensicherheit, Betriebsweise etc. gehören nicht ins Internet
 - Vgl. Umsetzung IED in Frankreich (s.u.): Kurzversion der Anlagenbeschreibung (max. 1-2 Seiten ist ausreichend). Vgl. Vorschlag unternehmer nrw in StN zum Erlass
- Vorgehen MKULNV <-> Empfehlungen des Landtags (vgl. EKII-Bericht), Aktivitäten der Bundesregierung (Initiative Wirtschaftsschutz), Sensibilisierung auf EU-Ebene (vgl. Erwägungsgründe zur RL 2016/943)
- Erlass sollte überdacht/überarbeitet werden
- Frühzeitige Öffentlichkeitsinformation wird vor Ort schon gelebt.

UBA/INERIS-Studie zu Anlagensicherheitspolitik in Frankreich (2012/13):
<https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/4448.pdf>, dort S. 35 ff.



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Dr. Carla Ralfs
Verband der chemischen Industrie – Landesverband NRW e.V.
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
ralfs@nrw.vci.de

13

